

16.12.2005

496/2005

2. Berliner Tierschutztag

-mt-

Claudia Hämmerling, tierschutzpolitische Sprecherin, erklärt:

Jahresbilanz: Kein Herz für Tiere im rot-roten Senat

Beim zweiten Berliner Tierschutztag wurde eine verheerende Bilanz der Tierschutzpolitik des Senats gezogen. Tierschutzthemen wurden fast ausschließlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die parlamentarischen Agenda im Abgeordnetenhaus gesetzt. Lediglich das Landesjagdgesetz wird auf Initiative des Senats beraten und auch nur deshalb, weil Verwaltungsverfahren anders geregelt und die Wildtiere im Stadtgebiet reduziert werden sollen.

Wir haben Anträge zur Deklarationspflicht für Pelze, zum Importverbot von Wildvögeln und zum Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände gestellt. Wir fordern Aufklärung über die Erhaltungszuchtprogramme der Zoos und unsere Kleine Anfrage brachte zutage, dass die Tierversuche in Berlin in zwei Jahren um 20 Prozent auf 270.000 pro Jahr gestiegen sind.

Obwohl der Tierschutz seit drei Jahren im Grundgesetz verankert ist, gab es keine Veränderung in der Genehmigungspraxis von Behörden. Nach wie vor fallen Leben und Gesundheit von Tieren der Freiheit von Forschung und Lehre zum Opfer. Eine Abwägung findet nicht statt. Das Desinteresse an Tierschutz in der Regierungskoalition rührt offenbar von einer falschen Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen von mehr Tierschutz her. Diese Sorgen sind aber überflüssig. Im Gegenteil, mit einer Verlagerung der Forschung in den tierversuchsfreien Raum könnte Berlin wichtige Marktvorteile gegenüber anderen Staaten erringen. Allein durch die Europäische Chemikalienverordnung (REACH), die im kommenden Jahr in Kraft tritt, wird eine hohe Nachfrage nach Alternativen zu Tierversuchen bei der Erprobung von ca. 30.000 Alt-Chemikalien entstehen. Der Senat muss begreifen, welche Potenziale gerade dieser Bereich für neue für neue Arbeitsplätze birgt.

Mehr Tierschutz ist also nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern kann bei intelligenter Nutzung wissenschaftlicher Ressourcen sogar wirtschaftliche Vorteile verschaffen.

Damit die verfassungsrechtliche Sicherung der Tierschutzgedankens auch Wirkung entfalten kann, werden wir einen Antrag für ein Verbandsklagerecht anerkannter Tierschutzverbände einbringen.